



seit 1558

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften

Carl-Zeiß-Str. 2

D-07743 Jena

Telefon: 0 36 41 · 94 55 21

Telefax: 0 36 41 · 94 55 22

Sekretariat: 03641-945520

E-Mail: klaus.doerre@

uni-jena.de

Jena, den 07. Aug. 2018

Institut für Soziologie

Univ.-Prof.

Dr. Klaus Dörre

Zeitenwende: Große Transformation, Revolte von rechts und die Gewerkschaften

Klaus Dörre, 16.06.18, IG Metall Geschäftsstelle Hannover

Gliederung:

Zur Einführung: Drei Thesen

I. Die Große Transformation

II. Eine völkisch-nationalistische Revolte

III. Antworten der Gewerkschaften

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst möchte ich mich für die Einladung bedanken. Ich freue mich, hier zu sein. Und ich freue mich darauf, mit euch diskutieren zu können. Ich freue mich deshalb, weil wir wahrlich in unsicheren Zeiten leben. Wer hätte noch vor drei, vier Jahren gedacht, dass ein Donald Trump US-Präsident werden würde? Und wer hätte geglaubt, dass mit der AfD eine völkisch-populistische Partei als stärkste Oppositionskraft im Bundestag einzieht?

In meinem Vortrag möchte ich mich mit den Ursachen dieser Entwicklung befassen. Ich werde drei Thesen begründen.

Zur Einführung: Drei Thesen

These 1: Wir erleben eine Zeitenwende. Die Globalisierung ist repulsiv geworden. Das heißt, sie erzeugt Folgewirkungen, die auf die verursachenden Zentren zurückschlagen und dort eine große gesellschaftliche Transformation auslösen.

These 2: Der Rechtspopulismus beantwortet die neuen Herausforderungen mit einer konformistischen, weil für die Eliten letztlich herrschaftssichernden Revolte.

These 3: Für die Gewerkschaften ist der völkische Populismus ein Sprengsatz, der eine Auseinandersetzung mit langem Atem verlangt.

I. Die Große Transformation

Beginnen wir mit der Zeitenwende. Vor allem die frühindustrialisierten Länder durchlaufen gegenwärtig eine tiefgreifende gesellschaftliche Transformation, die zwingend eine Abkehr von über Jahrzehnte hinweg dominanten Wachstumsmustern beinhalten wird. Diese Transformation ist bereits im Gange. Sie lässt sich nicht aufhalten. Es ist aber möglich, die Weichenstellungen zu beeinflussen, mit denen über die Richtung des Wandels entschieden wird. Wie lässt sich eine solche Auffassung begründen? Als Ausgangspunkt eignet sich ein Blick auf das Krisenjahrzehnt, das den Crash an den globalen Finanzmärkten 2007-09 mit dem Amtsantritt Donald Trumps im Januar 2017 verbindet. Zwar ist die Weltwirtschaft längst zu einem Wachstumskurs zurückgekehrt, doch die Wachstumsraten in den altindustriellen Ländern sind ausgesprochen niedrig geblieben. Hinter den flachen Wachstumskurven verbirgt sich jedoch eine tieferliegende Problematik. Die Globalisierung ist repulsiv geworden, das

heißt sie erzeugt Wirkungen, die auf ihre verursachenden Zentren zurückschlagen und dort gesellschaftsverändernd wirken. Zu den wichtigsten Repulsionen gehören:

(1) die dramatische Ausprägung klassenspezifischer Ungleichheiten: Laut Global Wealth Report besitzen gegenwärtig 0,7 Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung 45,6 Prozent des Haushaltsgesamtvermögens, während 73,2 Prozent lediglich über einen Vermögensanteil von 2,4 Prozent verfügen. Parallel zu steigenden Einkommen aus Kapitalerträgen ist die durchschnittliche Lohnquote in den wichtigsten Industrieländern zwischen 1980 und 2013 nahezu kontinuierlich gesunken. Das einigermaßen rasche Wachstum in den großen und kleinen Schwellenländern, das dort Mittelklassen expandieren lässt, geht zulasten von beherrschten Klassen in den alten Metropolen. Hauptgewinner der Globalisierung sind reiche Eliten, die noch immer überwiegend in den alten Zentren leben. 44 Prozent des Einkommenszuwachses, der zwischen 1988 und 2008 erzielt wurde, entfallen auf die reichsten 5 Prozent, nahezu ein Fünftel auf das reichste eine Prozent; die aufstrebenden Mittelklassen in den Schwellenländern verfügten lediglich über 2 bis 4 Prozent der absoluten Zuwächse.

Solche Daten verweisen auf einen Kausalmechanismus, den Thomas Piketty (2014) eindringlich beschrieben hat. Ohne Umverteilung zugunsten der Beherrschten übersteigt das Wachstum der Kapitalrendite ($r = \text{return}$) stets das der Wirtschaftsleistung ($g = \text{growth}$), es gilt $r > g$. Wenn die Wirtschaftsleistung sinkt, wird zwar in der Tendenz auch die Vermögensrendite reduziert, das geschieht aber zeitverzögert. Bleiben gegensteuernde Umverteilungsmaßnahmen aus, forcieren niedrige Wachstumsraten die Vermögens- und Einkommensungleichheit zusätzlich. Für die Verlierer, hauptsächlich die Industriearbeiterschaft und das neue Dienstleistungsproletariat der alten Zentren, entfällt damit zunehmend, was der Ex-Weltbanker Branko Milanovic etwas trickreich als „Ortsbonus“ der Vermögensverteilung bezeichnet. Das vermeintliche „Privileg“, in einem reichen Land geboren zu sein, schützt nicht mehr vor sozialem Abstieg; vor allem jedoch ist der soziale Aufstieg blockiert.

Den sozialen Kern der besitzenden Klassen bilden in der Gegenwart weltweit ca. 10.000 bis 20.000 superreiche Personen, darunter etwa 3.000 Milliardäre, deren frei verfügbares Vermögen mehr als 500 Mio. US-Dollar beträgt. Um diese Superreichen gruppieren sich weitere 100.000 Personen mit einem Vermögen von 30 bis 500 Mio. Dollar sowie etwa zehn Mio. Personen mit Vermögen zwischen einer und fünf Mio. Dollar. Der Personenkreis der Reichsten wird nicht nur zahlenmäßig größer, sondern im Verhältnis zu den übrigen sozialen Großgruppen auch immer reicher. Besonders ausgeprägt macht sich dieser Trend in den angelsächsischen Kapitalismen und insbesondere in den USA bemerkbar. Doch die kontinentaleuropäi-

schen Staaten und auch Deutschland nähern sich dieser Entwicklung mit großen Schritten an. Deutschland ist, wie selbst liberale Ökonomen eingestehen, heute eines der ungleichsten Länder in der industrialisierten Welt. Das oberste Tausendstel der Gesamtbevölkerung verfügt, konservativ geschätzt, über 17 Prozent des Gesamtvermögens; die reichsten 10 Prozent besitzen einen Anteil von mehr als 64 Prozent. Zugleich verdient die Hälfte der Lohnabhängigen heute weniger als noch vor 15 Jahren. Die Ungleichheit von Vermögen und Einkommen wirkt in den OECD-Ländern längst wachstumshemmend.

Das gilt auch für die Bundesrepublik. Zunehmende Ungleichheit hat das Land zwischen 1990 und 2010 schätzungsweise sechs Prozent Wirtschaftswachstum (jährlich ca. 160 Mrd. Euro) gekostet. Die ökonomische Stagnation trägt dazu bei, dass sich die soziale Polarisierung in vielen Ländern weiter verstärkt. Der Konzentration von Vermögen innerhalb des obersten Prozent der Weltbevölkerungen steht ein Wachstum von gesellschaftlichen Großgruppen gegenüber, die wirtschaftlich scheinbar überflüssig sind. Während sich die – zwar vergrößernde, nichtsdestotrotz winzige – Gruppe superreicher Vermögensbesitzer nach oben exkludiert, fallen selbst in manchen Wohlfahrtsstaaten 10-15 Prozent der Bevölkerung aus geschützter Erwerbsarbeit und kollektiven Sicherungssystemen heraus. Diese doppelte Exklusion schwächt die organisierten Arbeitsbeziehungen und die Gewerkschaften strukturell, weil sowohl an der Spitze als auch am unteren Ende der sozialen Hierarchie Gruppen entstanden sind, deren Interessen nicht oder kaum durch intermediäre Organisationen und Verbände repräsentiert werden.

(2) *Veränderungen in der geoökonomischen Struktur der Weltwirtschaft:* Von den frühindustrialisierten Ländern hat sich der Wachstumspol in Richtung der bevölkerungsreichen Schwellenländer verschoben. Was sich zunächst als spannungsvolle Kooperation im pazifischen Raum (China-Amerika) etabliert hat und nun in einen Handelskrieg umzuschlagen droht, könnte Europa in Teilen mit einer Abstiegsprognose bedrohen. Nach 1989 durch marktradikale Regimes in Osteuropa im Sinne einer „Ko-Transformation“ beeinflusst, prägen die veränderten internationalen Kräfteverhältnisse auch die europäische Integration. Ursprünglich als Antwort auf die deregulierende Tendenz der Globalisierung (Europäischer Binnenmarkt) und als Versicherung gegen deutsches Vormachtstreben (transnationales Euro-Geld) gedacht, ist die Europäische Union (EU) mehr und mehr zu einem Deregulierungstreiber geworden. Statt die Größe des europäischen Binnenmarktes zu nutzen, um über die Gewährung von Marktzugängen soziale Standards in der Weltökonomie durchzusetzen, hat sich ein staatenübergreifender Konstitutionalismus herausgebildet, der die Ungleichheiten innerhalb und zwischen den Mitgliedsstaaten vor allem der Eurozone verstärkt und Gefolgschaft immer häufi-

ger mit autoritären Mitteln erzwingt. Dieser Konstitutionalismus und seine Kernprojekte (Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion, Finanzmarktintegration, Osterweiterung) haben die politische Ausrichtung der EU einer demokratischen Willensbildung mehr und mehr entzogen und so eine Transformation vorangetrieben, die den Marktliberalismus in den Institutionen des EU-Imperiums fest verankert hat. Institutionelle Heterogenität macht sich daher weniger als Schutz vor, sondern primär als Variation von Krisenfolgen bemerkbar.

Die globale Finanzkrise und das kostenintensive staatliche Krisenmanagement haben die Ungleichheiten zwischen den Ländern der Eurozone zusätzlich verstärkt. Mitverantwortlich ist ein Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM), der mit seiner prozyklischen Finanzpolitik Wachstumsbarrieren erzeugt und die schwächeren Ökonomien einer Zins-Risiko-Spirale ausliefert, weil es den Krisenstaaten schwerfällt, die nötigen Mittel zur Refinanzierung von Haushaltsdefiziten und Schulden aufzubringen. Die von der deutschen Regierung und den zuständigen europäischen Gremien federführend durchgesetzte Austeritätspolitik hat besonders an der südeuropäischen Peripherie Arbeitslosigkeit, Armut und Prekarität dramatisch ansteigen lassen; insbesondere im griechischen Fall haben die öffentlichen Schulden im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung dennoch zugelegt. Mit kollektiven Sicherungssystemen, Tarifverträgen, Kündigungsschutz und Mitbestimmung schwächt die europäische Austeritätspolitik ausgerechnet jene Institutionen, die sich in ihrer Schutzfunktion zumindest für Teile der Lohnabhängigen als krisenrobust erwiesen haben. Zugleich konterkariert der Austeritätskurs die Niedrigzinspolitik der EZB. Das billige Geld kann nicht in die Produktionskreisläufe gelangen und dringend benötigte Infrastrukturinvestitionen stimulieren, weil die Nachfrage einschließlich des produktiven Staatskonsums durch die aufgezwungene Sparpolitik beeinträchtigt wird. Dass diese politökonomische Konstellation eine Renaissance organisierter Arbeitsbeziehungen in Europa fördern könnte, ist hochgradig unwahrscheinlich. Trotz zunehmender sozialer Verwerfungen ist auf europäischer Ebene nicht einmal eine entsprechende politische Absicht zu erkennen. Abschaffung des Günstigkeitsprinzips, das Abweichungen vom Tarifvertrag nur bei Besserstellung der Lohnabhängigen zulässt (Spanien, Griechenland), Vorrang für unternehmens- und betriebsbezogene Haustarifverträge vor Branchenvereinbarungen, Abkehr oder Einschränkung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen tariflicher Regelungen (Griechenland, Ungarn, Portugal, Rumänien), legale Abweichungen von Tarifverträgen nach unten, stark rückläufige Deckungsraten von flächen- und branchenbezogenen Regelungen (Spanien, Griechenland, Portugal) sowie Aufweichung des Kündigungsschutzes und Absenkungen des gesetzlichen Mindestlohns gehören zum Standardarsenal eines arbeitspolitischen Interventionismus in Europa (Workers Participation 2016). Solche Politiken sprechen dafür,

dass der Druck auf Lohn- und Arbeitsstandards in den meisten europäischen Ländern anhalten wird.

(3) Ökologische Destruktivkräfte und das Überschreiten planetarischer Belastungsgrenzen:

Weil die vorherrschenden Produktionsweisen und Lebensformen Wirtschaftswachstum mit ökologischer Zerstörung verbinden, wirken die Folgen des Klimawandels und extensiver Ressourcennutzung z.B. über Naturkatastrophen und Fluchtbewegungen auf die kapitalistischen Zentren zurück. Die fortschreitende gewinnorientierte Nutzung menschlicher wie außermenschlicher Natur und die Externalisierung der damit verbundenen ökologischen Risiken haben, gemeinsam mit beschleunigten Stoffentnahmen und Schadstoffemissionen, dazu geführt, dass planetarische Belastungsgrenzen mehr und mehr überschritten werden. An vorindustriellen Normwerten und den darauf bezogenen Kipppunkten gemessen, befinden wir uns beim Klimawandel, der Artenvielfalt und dem Stickstoffkreislauf bereits jenseits einer roten Linie irreversibler Schädigungen. Übersäuerung der Ozeane, Ozonmangel, Frischwasserverbrauch, Landnutzung und atmosphärische Aerosolaufladung bewegen sich mit hoher Geschwindigkeit auf die Belastungsgrenzen zu. Hauptverursacher sind die reichen Gesellschaften des globalen Nordens, wenngleich die großen Schwellenländer, allen voran China, im Belastungswettlauf rasch aufholen. Ein Viertel der Weltbevölkerung, vorwiegend des Nordens, konsumiert gegenwärtig drei Viertel der Ressourcen und erzeugt dreiviertel des Abfalls und der Emissionen.

Um dem Süden überhaupt eine Entwicklungschance zu erhalten, muss ökologisches Umsteuern in den alten kapitalistischen Zentren beginnen. Die Destabilisierung von Ökosystemen bedeutet jedoch nicht, dass ökologische Katastrophen quasi im Selbstlauf eine Endkrise des (nach)industriellen Kapitalismus herbeiführen. Für die komplexen Mensch-Natur-Interaktionen gilt eine unendliche Ungewissheit in den Vorhersagen. Normwerte, ökologische Belastungsgrenzen und Kipppunkte sind wissens- und definitionsabhängig. Sie werden zum Gegenstand von Deutungskämpfen, politischen Aushandlungen und sozialen Konflikten. Das ist auch für die Arbeitsbeziehungen und die Gewerkschaften folgenreich. Denn das seit der Industriellen Revolution geradezu selbstverständlich anvisierte Mittel zur Überwindung ökonomischer Krisen, die Generierung von Wirtschaftswachstum auf fossilistischer Basis, hat sich in der Gegenwart in einen Treiber ökologischer Zerstörung verwandelt. Schon vor der Jahrtausendwende lag der menschliche Ressourcenverbrauch etwa 20 Prozent über der ökologischen Tragfähigkeit. Während der Krisenjahre 1980-83 näherte sich die Ressourcennutzung letztmalig der Tragfähigkeitsgrenze an. Seither ist er in einem Maße gestiegen, das die Mög-

lichkeitsgrenzen längerfristigen Wirtschaftswachstums zumindest in den fortgeschrittenen Kapitalismen näher rücken lässt.

(4) *eine wachsende Fluchtmigration*: Zwar treffen ökologische und Naturkatastrophen hauptsächlich die Bevölkerungen der verwundbarsten Staaten des globalen Südens, etwa in Gestalt von Fluchtbewegungen erreichen die Folgen aber auch die kapitalistischen Zentren. Von ökologischer Zerstörung sowie von Kriegen, Hunger oder despotischen Regimes ausgelöst, haben Fluchtbewegungen seit 2011 ein Ausmaß angenommen, das Migrationsforscher von einem neuen Exodus sprechen lässt. Weltweit befanden sich 2015 gut 62 Mio. Menschen und 2017 ca. 68 Mio. auf der Flucht. Das Gros der Geflüchteten bleibt im eigenen Land oder findet in Staaten des globalen Südens zumindest vorübergehend Aufnahme. In relativer Nähe zu den europäischen Außengrenzen müssen Jordanien, der Libanon und die Türkei schon seit Jahren an der eigenen Bevölkerung gemessen unverhältnismäßig große Flüchtlingszahlen aufnehmen. Nur ein Bruchteil der Geflüchteten erreicht die wohlhabenden kapitalistischen Zentren im Norden. Deshalb muss hinzugefügt werden: Von einer europäischen Flüchtlingskrise kann im Grunde keine Rede sein kann. Eher handelt es sich um eine Krise der europäischen Flüchtlingspolitik, die den Staaten an der südeuropäischen Peripherie die Hauptverantwortung für die Bewältigung der Fluchtmigration zuschiebt und es zulässt, dass sich autoritäre Regimes wie die in Polen und Ungarn aus der Verantwortung stehlen. Wegen der brutalen Abwehrmaßnahmen an den EU-Außengrenzen, in deren Folge selbst Seenotretter wie Kriminelle behandelt werden, sinken sowohl die Flüchtlingszahlen als auch die Anträge auf Asyl kontinuierlich. Im Vergleich zum Rekordjahr 2016 hat sich die Zahl der Asylanträge in Europa 2017 halbiert. Allein in Deutschland ist sie von 700.000 (2016) auf etwa 198.000 (2017) zurückgegangen. Trotz einer Rekordzahl an Geflüchteten, schaffen laut OECD »nur diejenigen mit mehr Ressourcen, die Jungen, die Stärkeren« den Sprung nach Europa. Die Migrationsbewegung sei »absolut beherrschbar«, lassen Experten verlauten.

In der Bundesrepublik war die Nettozuwanderung bereits 2016 wieder auf 500.000 Personen gesunken (2015: 1,14 Mio.). Die Hälfte der Migranten kam aus der EU, 26 Prozent waren Asiaten, fünf Prozent hatten eine afrikanische Staatsbürgerschaft. 2017 lebten in Deutschland 10,6 Millionen Ausländer ohne deutschen Pass. Von einer Massenzuwanderung, die angeblich alles überrollt und deshalb harte Abwehrmaßnahmen nötig macht, kann aber keine Rede sein. Eher trifft das Gegenteil zu. Nach der globalen Finanzkrise hat die deutsche Wirtschaft eine der längsten Prosperitätsphasen ihrer Geschichte durchlaufen. Mit weit mehr als 44 Mio. bewegt sich die Zahl der Erwerbstätigen auf Rekordniveau. Selbst in vielen östlichen Regionen ist die Arbeitslosigkeit unter die Sechs-Prozent-Marke gesunken. Seit 2013 sind die Löhne

wieder gestiegen und in vielen Branchen macht sich nicht nur Fach-, sondern auch Arbeitskräftemangel bemerkbar. In den neuen Ländern ist dieser Mangel ohne Zuwanderung kaum zu beheben. Dennoch sind Einwanderung und Fluchtmigration zum Gegenstand eines mehrdimensionalen Verteilungskonflikts geworden, der nicht nur zwischen arm und reich, zwischen Nord und Süd, sondern zunehmend auch zwischen innen und außen ausgetragen wird. In diesem Verteilungskonflikt können halbwegs geschützte Lohnabhängigengruppen zu einer „exklusiven Solidarität“ tendieren. Sie versuchen dann, ihre eigene soziale Position zu verteidigen, indem sie Ressentiments als Triebfeder gesellschaftlicher und politischer Aktionen nutzen. Das macht sie für die Botschaften einer neuen Rechten empfänglich, die Statuserhalt mittels Abgrenzung verspricht. Nicht in ihrer Programmatik und bei ihren Funktionsträgern, aber in der sozialen Zusammensetzung ihrer Wählerschaft sind rechtspopulistische Formationen sowohl von Erwerbslosen als auch von Arbeitern und Angestellten geprägt.

Fassen wir zusammen: Die historische Einmaligkeit des hinter uns liegenden Jahrzehnts wurzelt darin, dass das bis dato wichtigste Mittel zur Überwindung ökonomischer Krisen im Kapitalismus, die Erzeugung von Wirtschaftswachstum, unter den Bedingungen einer repulsiven Globalisierung mehr und mehr in ökologische Zerstörung und in sozial destruktives Wachstum umschlägt. Im Zeitalter des Anthropozän, in welchem die Entwicklung der Menschheit den größten Einfluss auf die Naturverhältnisse ausübt, lassen sich ökonomisch-soziale und ökologische Krisen zwar in ihren Ursachen, aber kaum noch in ihren Wirkungen voneinander unterscheiden. Destruktives Wachstum zerstört die Natur und die Destabilisierung ökologischer Kreislaufsysteme untergräbt die soziale Reproduktion der Gesellschaften. In diesem Sinne ist Natur einerseits ein soziales, d. h. von Menschen mit produziertem Beziehungsgeflecht, und sie ist es andererseits auch nicht, weil ihre Kreislaufsysteme anderen Gesetzmäßigkeiten folgen als menschliche Gesellschaften. Ein expansiver Kapitalismus, der auf beständige, unendliche Landnahmen angewiesen ist, hat sich im „web of life“ (Jason Moore) festgesetzt, dessen soziale und Naturressourcen in ihrer Selbstreproduktionsfähigkeit gefährdet sind. Sollen die ärmeren Länder, die längst nicht mehr mit dem globalen Süden identisch sind, unter den Bedingungen dieser Zangenkrise künftig überhaupt noch eine Entwicklungschance haben, so müssen nicht nur, aber in erster Linie die Ökonomien und Gesellschaften der reichen Staaten mit hohem Ressourcenverbrauch und Schadstoffausstoß eine tiefgreifende Transformation durchlaufen. Im Grunde genommen bleiben unseren Gesellschaften als Ausweg aus dem Wachstumsdilemma nur zwei Optionen: „One is to make growth sustainable; the other is to make degrowth stable“ (Jackson 2009: 128).

II. Der neue Rechtspopulismus

Der neue Rechtspopulismus, so meine zweite These, stellt eine besondere, eine reaktionäre und autoritäre Antwort auf diesen Umbruch dar. Auf die repulsive Globalisierung antwortet die populistische Rechte mit Nationalismus, auf die zunehmende Ungleichheit mit einer Ethnisierung der sozialen Frage, auf die ökologische Krise und den Klimawandel mit Leugnung, auf die Fluchtmigration mit Abschottung und Abwehr und auf liberal-libertäre Werte sowie mit ihnen verbundene Gleichstellungspolitiken mit Antifeminismus und Rückbesinnung auf ein überkommenes Leistungsethos und eine homogen gedachte Nationalkultur.

II.1 Ethnopluralismus und Sozialpopulismus

Was genau ist unter neuem Rechtspopulismus zu verstehen? Zunächst: Rechtspopulismus ist ein schillernder Begriff. Ich bezeichne damit Formationen – Parteien, Bewegungen – die danach streben, Elemente politischer Philosophien mit organisierten politischen Praktiken und alltagsweltlichen Haltungen, Handlungs- und Deutungsschemata zu einem „historischen Block“ zu verschmelzen. Nach diesem an Antonio Gramsci, aber durchaus auch an Wolfgang Abendroth angelehnten Ideologie-Verständnis dürfen rechtspopulistische Orientierungen von Lohnabhängigen keinesfalls auf falsches Bewusstsein reduziert werden. Wichtiger ist ihr *bon sens*, der rationale Kern, den das Alltagsbewusstsein enthält. Als populistisch können entsprechende Ideologeme gelten, weil sie den Problemrohstoff, den die Gesellschaft erzeugt, in einem binären Schema bearbeiten. Dem korrupten Establishment wird ein unverdorbenes Volk gegenübergestellt, dessen Wille im Zweifelsfall mit dem der Populisten übereinstimmt. Was ist neu am neuen Rechtspopulismus? Ich nenne fünf Charakteristika:

(1) *Spaltung kapitalistischer Eliten*: Mit Blick auf die Gegenwart lässt sich unschwer feststellen, dass der Aufstieg des völkischen Populismus sowohl aus einer – teils strukturell bedingten, teils hausgemachten – Schwäche von Mitte-Links-Parteien als auch aus einer Spaltung innerhalb der herrschenden Klassen und deren politischer Repräsentation hervorgeht. Beginnen wir mit letzterem. Weil die Globalisierung repulsiv geworden ist und in Gestalt von Ungleichheit, Fluchtmigration, ökologischen Gefahren, ökonomischer Wachstumsschwäche, finanziellen Risiken und imperialen Rivalitäten bis hin zu Kriegen strukturbildend auf ihre verursachenden Zentren zurückwirkt, ist zwischen den herrschenden Klassenfraktionen umstritten, ob und wie die Internationalisierung als ökonomisches Wachstumsprojekt fortgesetzt werden kann. Der Migrationskonflikt steht symbolisch für diesen Streit. Aus der Perspektive von Klassenfraktionen, die das deutsche Exportmodell verteidigen, wäre eine Rückkehr zu

nationaler Abschottung innerhalb Europas fatal. Zuwanderung wird zumindest unter dem Gesichtspunkt der Arbeitskräftemobilisierung in einer regulierten Form für sinnvoll erachtet. Die Gegenspieler innerhalb der kapitalistischen Eliten sehen das anders. Für sie haben sich Globalisierung und Europäisierung als hegemoniale Wachstumsprojekte, wenn nicht erledigt, so doch erschöpft. Bei der Regulierung der Migrationsbewegungen spielen konterhegemoniale Eliten die nationale Karte. Implizit zielen sie damit auf ein Bündnis mit jenen lohnabhängigen Klassenfraktionen, deren Lebensqualität wesentlich vom Schutz des nationalen Wohlfahrtsstaates abhängt. Die sprachliche Dehumanisierung der Migration soll den Frustrierten deutlich machen, dass man gewillt ist, den Nationalstaat als Garanten sozialer und vor allem als Hüter öffentlicher Sicherheit zu bewahren. Diese – in Deutschland noch subdominante, politisch von CSU und FDP repräsentierte – Fraktion der herrschenden Klassen ist nicht die erste soziale Kraft hinter dem Aufstieg der Neuen Rechten. Sie lässt sich jedoch von deren Erfolgen treiben, übernimmt die Themen der AfD und erweitert so die Basis des völkischen, national-sozialen oder, weniger wahrscheinlich, national-liberalen populistischen Blocks.

(2) *Repräsentationsverlust*: Die Spaltung innerhalb der Linken ist nicht minder bedeutsam. Der für einige Jahre greifbare Mitte-Links-Block ist, seit der Bundestagswahl von 2017 auch anhand von politischen Proportionen öffentlich sichtbar, zu einer minoritären gesellschaftlichen Kraft geworden. Seine Repräsentationen stecken in einem Dilemma. Trotz zunehmender klassenspezifischer Ungleichheiten historisch schwach, steht nun zur Disposition, was eigentlich die Stärke zumindest der gesellschaftlichen Linken hätte ausmachen können – die Verbindung von Egalitarismus und libertären Werten in einem hegemonialen Demokratisierungsprojekt. Anstatt sich zu einer starken „Mosaiklinken“ (Hans-Jürgen Urban) zu formieren, tendieren libertärer und egalitärer Pol nun dazu, sich gegeneinander zu verselbständigen. Auch im linken Spektrum scheiden sich die Geister an der Migrationsfrage und wiederum steht diese Frage symbolisch für ein echtes Dilemma. Beharrt die Linke auf klassenunspezifischem Universalismus und belässt es bei der Forderung nach offenen Grenzen, stellt sie substanzielle wohlfahrtsstaatliche Regulierungen zur Disposition. Verbarrikadiert sie sich hingegen hinter den Mauern des nationalen Wohlfahrtsstaates, blockiert sie systematisch den Weg zur politischen Bearbeitung aller großen sozialen und ökologischen Verwerfungen, die sich, wie die globalen Migrationsbewegungen und deren Folgen, auf der nationalen Ebene allein nicht mehr bearbeiten lassen.

Eine Linke, die dieses objektive Dilemma zum Anlass politischer Spaltungen macht, könnte einen Trend verstärken, der in der Literatur als „Entproletarisierung“ sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien (Rennwald 2015), diskutiert wird. „Entproletarisierung“ bezeich-

net eine marktzentrierte politische Neuausrichtung vor allem der Mitte-Links-Parteien, die sich an die neoliberale Globalisierung anpassen, und eine dadurch bedingte Neuzusammensetzung ihrer Anhänger. So ist der Arbeiteranteil bei den Wahlberechtigten mit SPD-Präferenzen nach ALLBUS-Daten zwischen 2000 und 2016 von 44 auf 17 Prozent gesunken. Im gleichen Zeitraum ist auch der Arbeiteranteil an allen Wählern von 37 Prozent auf 19 Prozent gefallen. Als Faktum bleibt dennoch, dass die einstige Arbeiterpartei SPD, an Parteipräferenzen gemessen, nun in Arbeiterklassenlagen unterdurchschnittlich repräsentiert ist. Sowohl bei Beschäftigten mit einfachen Tätigkeiten (24 Prozent) als auch bei Gewerkschaftsmitgliedern (19 Prozent) liegen die Sozialdemokraten deutlich hinter der AfD (36 Prozent einfache Tätigkeiten, 24 Prozent Gewerkschaftsanteil) und der Linkspartei (23 Prozent einfache Tätigkeiten, 27 Prozent Gewerkschaftsmitglieder). Während sich die Anhänger von CDU/CSU und SPD in ihrer Sozialstruktur weitgehend angeglichen haben, konnte sich die Linkspartei mit allerdings sinkenden, die AfD mit steigenden Anteilen im Arbeiterbereich profilieren. Im Vergleich zu allen anderen Parteien weist die AfD sowohl bei Arbeitern als auch bei abhängig Beschäftigten mit einfachen Arbeitstätigkeiten die höchsten Anteile auf. Solche Daten sprechen dafür, dass die Integration von Arbeitern und kleinen Angestellten in einen national-sozialen Block, dessen Zentrum Pegida-Bewegungen und die AfD bilden, längst erfolgreich praktiziert wird. Dies spricht dafür, dass bis in die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hinein stabile Bindungen an die AfD entstehen könnten. Dennoch ist die AfD keine Arbeiterpartei. Ihre Wählerschaft ist interklassistisch zusammengesetzt. Dementsprechend vielfältig sind die subjektiven Zugänge zum Rechtspopulismus. Im Unterschied zu anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa verfügt die AfD z.B. über vergleichsweise große Unterstützung bei Migranten der zweiten Generation (insbesondere Russlanddeutsche). Auch die Mobilisierung von Nichtwählern lässt sich nicht pauschal auf „irgendeinen“ Rassismus zurückführen. In der Arbeiterschaft beschert vor allem die Kombination aus Sozialpopulismus und ethnopluralistisch begründeter Abgrenzung der Partei Wahlerfolge.

(3) *Ethnopluralismus*: Völkisch und rassistisch wird die populistische Rechte durch die Verwendung eines ethnopluralistischen Ideengebäudes, das ein Grundrecht auf Verschiedenheit aller Menschen und Kulturen an die Stelle früherer Vorstellungen von nationaler oder rassistischer Überlegenheit setzt. Bei oberflächlicher Betrachtung ein zeitgemäßes Konzept kultureller Autonomie, können mit Hilfe dieses Ideengebäudes wahlweise die europäische Bürokratie, faule Griechen, Einwanderung in die Sozialsysteme, oder die „Umvolkung“ mittels Massmigration attackiert werden. All das geschieht im Namen einer gleichsam naturalisierten Nationalkultur. Folgt man dem ethnopluralistischen Ideengebäude, sind nur unvermischte Kultu-

ren stark, der *melting pot* kann hingegen nicht funktionieren. Deshalb sollen alle Menschen ihre Kultur leben können – und zwar am besten dort, wo die jeweilige Kultur ursprünglich beheimatet ist. Unversehens verwandelt sich ein attraktiv klingendes Plädoyer für kulturelle Autonomie so in eine Rechtfertigung von Abschottung, die, würde sie konsequent angewendet, eine Welt voller Apartheidstaaten hervorbringen müsste. An den Grundzügen dieses Rassismus ohne Rassenbegriff hat sich während der zurückliegenden drei Jahrzehnte wenig geändert. Auf der Ebene organisierter, medial vermittelter Politik und deren alltäglicher Akzeptanz ist der Wandel allerdings gravierend. Sarrazin- und Unterschichten-Debatte haben maßgeblich zu einer Popularisierung und Radikalisierung ethnopluralistischen Gedankenguts beigetragen. Die Fähigkeit zu außerparlamentarischer Mobilisierung (Pegida und Ableger) sowie die parteipolitische Verselbstständigung und parlamentarische Etablierung des Rechtspopulismus in Gestalt der AfD (Häusler 2016) sind ebenfalls neu und haben erheblich zur Formierung eines rechtspopulistischen Blocks beigetragen.

(4) *Sozialpopulismus*: Im politischen Raum blieben neorassistische Ideologeme relativ wirkungslos, würde ihnen nicht die Verbindung mit realen sozialen Verwerfungen und Sozialprotest gelingen. Das offenbart auch die programmatische Entwicklung der AfD. Als marktradikale Formation gegründet, hat sich die Partei in ihrem stärksten Flügel seither mehr und mehr zu einer völkisch-sozialpopulistischen Formation entwickelt. Innerhalb der AfD ist dieser Kurs aber noch immer umkämpft. Während Nationalkonservative in der bürgerlichen Mitte die „eigentlich revolutionäre Klasse“ sehen, deren Endzweck die Wiederherstellung der sozialen Marktwirtschaft sei (Jongen 2014), intoniert der national-soziale Flügel eine radikalere Melodie. Die „soziale Frage der Gegenwart“ bestehe nicht in der „Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten“, die „neue deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts“ sei „die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen“ (Björn Höcke). Will die liberal-konservative Strömung einen Volkskapitalismus, der Mittelstand und Arbeiterschaft trotz Steuersenkungen für Unternehmen versöhnen soll, setzt der völkisch-nationale Flügel auf die sozialpopulistische Karte.

Ein Beispiel dafür bietet das Rentenkonzept der Thüringer AfD. Es fordert die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung, eine Anhebung des Rentenniveaus und einen Aufschlag für Niedrigrenten. Tiefe Löhne werden als wichtige Ursache für tiefe Renten benannt. Deshalb plädiert das Programm für die Ausschöpfung des neutralen Verteilungsspielraums und übernimmt damit eindeutig linke Forderungen. Man muss genau hinschauen, um die Pferdefüße des Konzepts zu entdecken. Die AfD will eine Staatsbürgerrente nur für Deutsche. Ausländer ohne deutschen Pass sollen ausgeschlossen bleiben, was auf eine faktische Entwertung ihrer

Arbeitsleistung hinausliefe. Der Finanzierungsvorschlag hat es ebenfalls in sich. Eine Refinanzierung soll durch Einsparungen bei den Aufwendungen für „Masseneinwanderung“ und „Energiewende und Klimaschutz“, aber auch – und hier scheinbar wieder links – durch Kürzungen bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr sowie mittels Bekämpfung von Steueroasen sichergestellt werden (AfD 2018: 38).¹ Das Rentenkonzept ist ein Beispiel für einen Sozialpopulismus, der den „rationalen Kern“ des Alltagsbewusstseins unzufriedener Lohnabhängiger aufgreift, um ihn über die Mobilisierung von Ressentiments eine völkische Stoßrichtung zu verleihen. Dass vordergründig mit dem Staatsvolk argumentiert wird, dient neben der Rücksichtnahme auf unterstützende Migranten eher der Maskerade, denn die AfD lehnt jegliche Einwanderung ab² und will den Zugang zur Staatsbürgerschaft erschweren. Würde das Thüringer Rentenkonzept praktiziert, wäre das ein Sprengsatz für gewerkschaftliche Klassensolidarität, denn in den häufig multinationalen Belegschaften exportorientierter Unternehmen würden Arbeiterinnen und Arbeiter ohne deutschen Pass systematisch diskriminiert.

III.2 Rechtspopulistische Orientierungen bei Lohnabhängigen

Warum stößt der rechte Sozialpopulismus bei Arbeitern und Angestellten, auch bei gewerkschaftlich organisierten und aktiven, auf Sympathie? Mein Antwortversuch stützt sich auf eine Untersuchung, die wir in Ost und West, jedoch mit Schwerpunkt in einer ostdeutschen Region durchgeführt haben. Die Ergebnisse³ lassen sich wie folgt zusammenfassen:

(1) *Dichotomie mit Zusatz*: Arbeiter, zumal einfacher Produktionsarbeiter zu sein, bedeutet in der Selbstwahrnehmung, in einer dynamischen Gesellschaft festzustecken.⁴ Man erlebt den Rückgang der Arbeitslosigkeit und glaubt dennoch nicht daran, dass sich das eigene Leben grundlegend bessert. Stattdessen findet sich auch und gerade bei jüngeren Arbeiterinnen und Arbeitern wieder ein Gesellschaftsbild, das strikt zwischen oben und unten unterscheidet. Im

¹ Zudem wird davon gesprochen, junge Leute, kinderreiche Familien und arbeitende Mütter „finanziell [zu] fördern, statt Masseneinwanderung zuzulassen“ (AfD 108: 12). Und natürlich treibt „die Flüchtlingskrise im Zusammenspiel mit dem Familiennachzug“ die „Mietpreise in vielen Städten weiter nach oben“ (ebd.: 10). Einem solchen Programm kann man nicht einmal vorwerfen, dass es auf Umverteilung von oben nach unten vollständig verzichtet. Deshalb wird das Thüringer Rentenkonzept vom marktradikalen Flügel der AfD heftig bekämpft. Für AfD-Wahlkämpfe in den neuen Ländern ist das allenfalls ein vernachlässigenswertes Detail, denn ob ein Programm beschlossen ist oder nicht, interessiert AfD-Wähler in der Regel wenig.

² „Wir brauchen überhaupt keine Zuwanderung. Wir halten bekanntermaßen eine Obergrenze von null für richtig“; Alexander Gauland, in: Tagesspiegel vom 28. 11. 2017.

³ Die Ergebnisse der Studie können ausführlich eingesehen werden unter: Dörre, Klaus/Bose, Sophie/Lütten, John/Köster, Jakob (2018), [Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte](https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2Fs11609-018-0352-z.pdf), in: *Berliner Journal für Soziologie*, 2/17. Der Text kann kostenfrei herunter geladen werden unter: <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2Fs11609-018-0352-z.pdf> Zu finden auch unter dem Online-First-Artikel des BJS, unter: <https://link.springer.com/journal/11609/onlineFirst/page/1> . Dort findet sich weitere Literatur.

⁴ Alle nachfolgenden Zitate und Befunde stammen aus der in Fußnote 3 genannten Untersuchung.

Interview beschreibt eine junge, gewerkschaftlich aktive und ihrem Selbstverständnis nach linke Arbeiterin ihre Situation mit folgenden Worten:

„Meine Eltern sind beide Arbeiter [...], ich habe kein Abi gemacht, kein Studium angefangen, habe halt meinen Realschulabschluss und meine Ausbildung gemacht und arbeite jetzt. Und ich bin mir relativ sicher, dass [...] es dabei bleiben wird [...] Ich würde mich schon zur mittleren Mittelschicht zählen, aber dabei wird es einfach bleiben. Und [...] diese Spalte zwischen Mittelschicht [...] und der Oberschicht, die ist halt einfach riesengroß. Und ich werde diese Spalte niemals überspringen können, in meinem Leben nicht, kann ich machen, was ich will. Und so geht es einfach sehr, sehr vielen!“

An dieser Aussage ist zweierlei bemerkenswert. Arbeiterin zu sein bedeutet zum einen, mit einem festen Job und einem halbwegs guten Einkommen alles erreicht zu haben, was man erreichen kann. Mehr geht nicht. Arbeiterin zu sein ist zum anderen aber kein Status, auf den man stolz sein könnte. Wie andere Befragte rechnet sich die junge Arbeiterin der „mittleren Mittelschicht“ zu. Das kann sie, weil sie weiß, dass es vielen schlechter geht als ihr selbst. Diese Grundhaltung ist für die von uns befragten Arbeiterinnen und Arbeiter - gleich ob links oder rechts, jung oder alt – typisch. Das eigentlich dichotomische, in einer Oben-Unten-Semantik transportierte Weltbild wechselt im Vergleich zu den klassischen westdeutschen Arbeiterstudien aus der alten Bundesrepublik jedoch die Begrifflichkeit. Arbeiterin zu sein, zählt gesellschaftlich nur, weil damit der Zugang zur „mittleren Mittelschicht“ möglich wird. „Mittlere Mitte“ heißt auch: es geht nach oben nicht mehr viel, ein Absturz nach unten ist hingegen immer möglich. Denn – und das ist neu – in sozialer Nachbarschaft zum Arbeiterdasein lauern Ausgrenzung und Prekarität. Als Arbeiterin oder Arbeiter empfindet man sich möglicherweise als abgewertet, als ungerecht behandelt. Aber man ist dennoch nicht „ganz unten“, man hat noch immer etwas zu verlieren und man kennt andere, denen es, sei es berechtigt oder nicht, deutlich schlechter geht.

(2) *Unverschuldet anormal*: Dieses Grundbewusstsein, das wir unabhängig von der politischen Orientierung bei allen Befragten treffen, verbindet sich mit einer verborgenen, teilweise auch verdrängten Klassenproblematik. Man betrachtet sich weder als arm, noch als prekär beschäftigt. Dennoch bestimmt das Empfinden permanenter Benachteiligung das Bewusstsein. Nehmen wir das Beispiel einer Arbeiterfamilie im Osten Deutschlands. Mann und Frau arbeiten 40 Stunden Vollzeit für einen Brutto-Monatslohn von 1.600 bzw. 1.700 Euro. Nach Abzug aller Fixkosten verbleiben dem Haushalt mit zwei Kindern 1.000 Euro netto, von denen aber Kleidung, Nahrungsmittel usw. bezahlt werden müssen. Unter diesen Bedingungen

wird jede größere Anschaffung, jede Reparatur am Auto zum Problem. Urlaub ist kaum möglich, und selbst für den Restaurant-Besuch am Wochenende reicht das Geld in der Regel nicht. Angesichts dieses Knappheitsregimes fühlen sich Arbeiterinnen und Arbeiter unverschuldet anormal. Ein befragter Produktionsarbeiter mit Sympathien für die extreme Rechte bringt das wie folgt auf den Punkt:

„Jeder Deutsche hat ein Grundgehalt von 3.300 Euro so im Durchschnitt [...] Dann frage ich mich jetzt, was bin ich dann? Bin ich kein Deutscher? Bin ich irgendwas? Ich meine, ich sage, ich habe 1.600 brutto [...] Was will ich damit? Damit kann ich nicht leben [...] Einer aus dem Westen drüben, der würde für das Geld nicht einmal aufstehen [...] Dass wir mal fortgehen können (ins Restaurant, KD), da müssen wir wirklich, wirklich aufs Geld gucken. Urlaub. Das ist alles, wo man sagt, das sind einfach die Dinge, die normalen Dinge, die man sich als Ausgleich mal gönnt [...] das geht nicht.“

Wichtig ist auch hier eine semantische Verschiebung. Das Deutschsein wird zur Chiffre, die den Anspruch auf einen „normalen“ Lohn transportiert. Dieser Anspruch wird jedoch zugleich zu einem exklusiven, weil er eben eine Normalität nur der Deutschen einklagt. Befragte, die so argumentieren, fühlen sich nicht unbedingt abgehängt. Sie wollen „normal“ sein und unternehmen viel, um Normalität zu demonstrieren. Aber sie sind unzufrieden. Je geringer ihre Hoffnung ist, in den Verteilungskämpfen zwischen oben und unten erfolgreich zu sein, desto eher tendieren sie dazu, diesen Konflikt in einen zwischen leistungsbereiten Inländern einerseits und vermeintlich leistungsunwilligen ausländischen, kulturell nicht integrierbaren Eindringlingen andererseits zu interpretieren.

(3) *Umdeutung*: Auffällig ist, dass gewerkschaftliches Engagement für mehr Verteilungsgerechtigkeit und Plädoyers für Flüchtlingsabwehr und Ausgrenzung nicht als Widerspruch, sondern als unterschiedliche Achsen ein und desselben Verteilungskonflikts begriffen (oben versus unten, innen versus außen) werden. Dabei neigen auch aktive Gewerkschafter und Betriebsräte zu einer Radikalität, die in dieser Eindeutigkeit und Schärfe überrascht. So erklärt ein Betriebsrat, der gerade einen erfolgreichen Arbeitskampf initiiert hatte, im Interview unverhohlen:

„Flüchtlinge müssten, also meiner Meinung nach, die müssten raus. Wer hier jetzt herkommt, arbeitet, sich integriert, wer sich einordnet, unterordnet, kein Thema. Da habe ich ja nichts dagegen. Aber die, die nur hierherkommen und die Hand aufhalten und sich benehmen wie das Letzte und denken, die können sich alles erlauben, raus. Ich meine, das klingt zwar vielleicht blöd oder hart [...] Ich hätte kein Problem damit, jetzt mal Buchenwald wieder aufzu-

machen, einen Stacheldraht ringsrum, die dort rein, wir dort draußen. Dann kommt sich keiner in die Quere. Und die dort so lange drinnen lassen, alles natürlich normal human, aber würde sich keiner, also jetzt mal so krass ausgedrückt, und werden dann abgeschoben, fort. Gar nicht irgendwie, dass irgendwas passieren kann.“

In dieser Wahrnehmung erscheinen Fluchtmigranten als Sicherheitsrisiko. Der Diskurs über soziale Sicherheit verschiebt sich im Alltagsbewusstsein rechtsorientierter Arbeiterinnen und Arbeiter hin zu einer Debatte um die öffentliche und innere Sicherheit. Fluchtmigranten werden als potentielle Angehörige neuer gefährlicher Klassen betrachtet, kollektiv abgewertet und so zu einem Sicherheitsproblem erklärt. Plädoyers für „humane Konzentrationslager“ sind sicherlich eine extreme Ausnahme. Es handelt sich aber nicht um bloße Einzelfälle. Vielmehr sind sie radikalisierte Ausdruck einer in der Arbeiterschaft verbreiteten Stimmung, die bis tief in den gewerkschaftlich organisierten und aktiven Kern hineinreicht. Rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Orientierungen haben sich bei aktiven Betriebsräten, Jugendvertretern und aktiven Gewerkschaftern offenbar in einer Weise verfestigt, die im Anschluss an Bourdieu als „Entscheidungen zweiten Grades“ bezeichnet werden müssen, weil sie bereits einer politischen Programmatik folgen.

Wo sie sich regional als Sprecher einer schweigenden Mehrheit empfinden können – was noch immer die Ausnahme ist – treten rechtspopulistische Betriebsräte und Gewerkschafter auch in den Betrieben offensiv für ihre Positionen ein. Es gibt im Osten Deutschlands Belegschaften und Betriebsräte, in denen die Anhänger von PEGIDA und der AfD die Mehrheit ausmachen. Dabei kommt es zu sich selbst verstärkenden Wechselwirkungen zwischen rechten Orientierungen, betrieblichen Erfahrungen und regionalem Umfeld. Rechtspopulistische Hegemonie in der Region stützt die Positionen rechter Interessenvertreter. In solchen Fällen ist die Nähe zu offen nazistischen, rechtsextremen und gewaltaffinen Positionen für die betrieblichen und gewerkschaftlichen Repräsentanten der neuen Rechten und ihrer Unterstützer in den Belegschaften offenbar kein Tabu. Typisch für rechtspopulistische Alltagsphilosophien ist nicht mehr die Abwertung, sondern die offensive Vereinnahmung von Demokratie. Alle befragten Betriebsräte mit Affinität zum Rechtspopulismus plädieren für mehr direkte Demokratie, weil sie überzeugt sind, auf diese Weise ihre Positionen besser durchsetzen zu können.

Fassen wir zusammen: Rechtspopulistische Alltagsphilosophien korrespondieren mit Ungerechtigkeits-erfahrungen, sie sind jedoch – zumindest in den Betrieben und unter festangestellten Arbeiterinnen und Arbeitern – zumeist kein Ausdruck von Verelendung, immer weiter fortschreitender Prekarisierung oder extremer Armut. Es muss eben nicht alles immer

schlechter werden, um die Wahrnehmung einer ungerechten Gesellschaft hervorzubringen. Gerade der Rückgang der Arbeitslosigkeit kann dazu führen, dass diejenigen, die hinter der medial vermittelten Welt des Jobwunder-Landes zurückbleiben, nun beginnen, ihre Ansprüche an gute Arbeit und ein gutes Leben selbstbewusster, teilweise aber auch mit Verbitterung vorzutragen. Ein von uns befragter Gewerkschaftssekretär hat eine in den Betrieben verbreitete Stimmung mit folgenden Worten auf den Punkt gebracht:

„Es ist nicht einfach Angst, es ist eine Mischung von vielen Einflüssen, die Arbeitnehmer unzufrieden macht. Im Osten leben die meisten an Orten, aus denen man kommt und nicht in Städten, in die man geht. Man kann fest angestellt sein und verdient doch nicht genug, um sich ein Leben leisten zu können, wie es die Medien als normal darstellen. Viele haben das Gefühl, in einer prosperierenden Gesellschaft nicht mithalten zu können, den Anschluss zu verlieren. Für diese Probleme gibt es aber keine gesellschaftliche Öffentlichkeit. Arbeiter kommen nirgendwo vor. Und dann kommen die Flüchtlinge und erhalten eine Aufmerksamkeit, die man selbst nicht bekommt. Es gibt Investitionen, Lehrer, Personal für Sprachkurse und berufliche Qualifizierung. Das halten viele für ungerecht. Und deshalb ist es selbst für Betriebsräte und aktive Gewerkschafter kein Widerspruch, sich aktiv an einem Arbeitskampf zu beteiligen und gleichzeitig zur PEGIDA-Demonstration zu gehen.“

Es ist der Abstand zu einer fiktiven, einer inszenierten gesellschaftlichen Realität, die Frustration und Wut erzeugt und inzwischen auch zum Aufbegehren provoziert. Nicht allein die Angst vor Statusverlust, sondern die Unzufriedenheit damit, dass man einen Status, den man selbst als angemessen betrachtet und der der eigenen Leistungen entspricht, nicht erreichen kann, provoziert Verdruss. Man empfindet sich als unverschuldet anormal, als abgewertet und genau das erzeugt Unzufriedenheit und Wut. Diese Beobachtung gilt sicherlich nicht ausschließlich, nach Ansicht befragter Experten aber doch in besonderem Maße für – männliche – Fach- und Produktionsarbeiter in Industriebetrieben. Es handelt sich weniger um eine Prekaritäts- als um eine – verdrängte und politisch in problematischer Weise verarbeitete – Klassenerfahrung.

IV. Was nun? Antworten der Gewerkschaften

Lässt sich der Aufstieg der Neuen Rechten aufhalten? Zunächst einmal müssen wir uns eingestehen: Es gibt eine ernsthafte national-soziale Gefahr! Der national-soziale Block ist tatsächlich der „Saatboden für einen neuen Faschismus“ (Jürgen Habermas). Weil sich Teile vor allem der libertären und sozial-liberalen Linken von Klassenpolitik und wohlfahrtsstaatlicher Regulation verabschieden, verspricht sich die Neue Rechte zusätzlichen Geländegewinn.

Schon glauben einige ihrer Vordenker, sich „das Kronjuwel der Linken“ (Götz Kubitschek), die soziale Frage, aneignen zu können. Doch diese Rechnung könnte ohne den Wirt gemacht sein, denn in dem Maße, wie sich der völkische Sozialpopulismus etabliert, wird er innerhalb des nationalen Blocks auf den entschiedenen Widerstand der wirtschaftsliberalen Strömung treffen. Nun sind Rechtspopulisten in der Regel Meister der Ambivalenz. Programmatische Kohärenz bedeutet ihnen wenig. Doch Gewerkschaften und eine politische Linke, die eine inklusive demokratische Klassenpolitik entwickeln und diese mit einem pragmatischen Humanismus in der Migrationspolitik sowie einem überzeugenden Entwurf einer besseren Gesellschaft verbinden, können die Neue Rechte in ernsthafte Schwierigkeiten bringen. Es gibt keinen unaufhaltsamen Aufstieg des national-sozialen, populistischen Blocks.

Wie könnte eine erfolgreiche Gegenstrategie aussehen? Ich nenne einige wichtige Eckpunkte:

(1) *Demokratiopolitische Aufgabe der Gewerkschaften:* In der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der national-sozialen Gefahr fällt den Gewerkschaften eine Schlüsselrolle zu. Häufig sind Gewerkschaften die einzigen demokratischen Organisationen, die Arbeiterinnen und Arbeiter mit Sympathien für die populistische Rechte überhaupt noch erreichen. Unklar ist jedoch, wie eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem radikalisierten Populismus aussehen könnte. Dabei sind rechte Betriebsratslisten wie die des „Zentrum Automobil“, dessen Wurzeln bis in die militante Neonazi-Szene reichen, noch das kleinere Problem. In diesem Fall treten rechte Organisationen mit eigenen Listen in offene Konkurrenz zu gewerkschaftlichen Betriebsräten. Sie sind dann ein äußerer Gegner, der sich aus der Gewerkschaftsperspektive leicht identifizieren lässt. Bei den von uns befragten rechten Arbeiterinnen und Arbeitern ist das so nicht der Fall. Ausnahmslos geben sich die Betroffenen als überzeugte Gewerkschafter. Im Betrieb bieten sie keine Angriffsfläche. Außerhalb unserer Schwerpunktregion würden sie sich in gewerkschaftlichen Kontexten als AfD-Sympathisierende gar nicht zu erkennen geben. Deshalb fällt den Gewerkschaften eine Auseinandersetzung mit diesem „inneren“ Rechtspopulismus schwer. Erkennbar sind zwei Linien antipopulistischer Politik. Die erste fordert harte Maßnahmen von Unternehmen und Betriebsräten. „Klare Kante“ praktizieren zumeist akademisch gebildete Gewerkschaftssekretäre mit Antifa-Sozialisation, die von ihrem Selbstverständnis her gar nicht anders agieren können. Für Anhänger der Gegenposition, die oft einen Arbeiterhintergrund haben, reicht das nicht aus. Beschränkte sich die Organisation auf – juristisch schwer durchsetzbare – Gewerkschaftsausschlüsse, überließe sie mit den ausgeschlossenen Betriebsräten zugleich die repräsentierten Belegschaften der Orientierung durch Pegida und die AfD, lautet das erfahrungsgesättigte Argument. Realitätstaugliche Strategien werden sich zwischen den genannten Polen verorten.

(2) *Mit demokratischer Klassenpolitik Alltagsbewusstsein verändern*: Längerfristig muss es das Hauptanliegen der Gewerkschaften sein, jene Kausalmechanismen zu verändern, mit deren Hilfe sich das Alltagsbewusstsein Lohnabhängiger Ungleichheit und Unsicherheit erklärt. Soll der rechtspopulistische Block erfolgreich bekämpft und seine Ausstrahlung auf Lohnabhängige und insbesondere auf Arbeiter reduziert werden, muss der rationale Kern ihrer Ideologie, die in ihr verborgene Klassenproblematik, öffentlich gemacht und müssen deren Ursachen kritisiert und bekämpft werden. Dafür ist es sinnvoll, wissenschaftlich und öffentlich-politisch wieder über Klassenverhältnisse und Ausbeutung zu sprechen. Wichtig ist aus wissenschaftlicher Sicht, dass die Auseinandersetzung offensiv, mit langem Atem und begleitet von einem kontinuierlichen Erfahrungsaustausch geführt wird. Dabei lässt sich von befragten Arbeiter(inne)n und Gewerkschafter(inne)n lernen, die ihre Ablehnung von AfD und Pegida öffentlich machen. In ihren eigenen Worten plädieren sie für eine – inklusive – Klassenpolitik, die gemeinsame Interessen „sagen wir: selbst chinesischer und deutscher Arbeiter“ gegen das dominante Kapital betont. Gewerkschafter, die sich so positionieren, bilden unter den Aktiven die Mehrheit. Und sie repräsentieren auch die Majorität (potenzieller) Gewerkschaftsmitglieder. Jede gewerkschaftliche Anpassung an die rechtspopulistische Revolte liefe darauf hinaus, die Unterstützung dieser Aktiven aufs Spiel zu setzen.

Keiner der Befragten, „die den Reichtum der Reichen als zentrale Ursache für die Armut der Armen betrachten“ und deshalb von Ausbeutung sprechen (E. O. Wright), käme indes auf die Idee, inklusive Klassenpolitik mache Konflikte, die an den Achsen Geschlecht, Ethnie/Nationalität oder an Naturverhältnissen aufbrechen, unwichtig. Klassenpolitik und gewerkschaftliche Solidarität sind ihrer inneren Logik nach universalistisch. Um Wirkung zu erzielen, müssen sie über Geschlechtergrenzen, Nationalität und ethische Spaltungen hinweg verbinden. Deshalb sind sie mit völkischen Integrationskonzepten unvereinbar. Umgekehrt sind völkische Ideen, die kulturelle Spaltungen verabsolutieren, ein ideologischer Sprengsatz für solidarische Gewerkschaftspolitik. Die betriebliche Arbeitswelt bietet durchaus Erfahrungsräume, in denen Klassenerfahrung in Widerspruch zu völkischem Gedankengut tritt. Daran knüpfen gewerkschaftliche Praktiker an. Selbstbewusst können sie davon ausgehen, dass Bewegungen gegen sexistische und rassistische Diskriminierungen ihre größten Erfolge immer dann erzielt haben, wenn auch der „demokratische Klassenkampf“ (Wolfgang Abendroth, Walter Korpi) zugunsten der Lohnabhängigen einigermaßen erfolgreich war. Gemeint ist ein Kampf, der – ungeachtet der Härte von Auseinandersetzungen – auf der Grundlage verbrieft ökonomischer und sozialer Rechte von Lohnabhängigen ausgetragen wird. Die Grundidee besagt, dass Konflikt und Dissens Bedingungen funktionierender Demokratie sind.

(3) *Bei den Schwächsten beginnen – die Migrationsfrage:* Um glaubwürdig zu sein, muss inklusive, demokratische Klassenpolitik bei den Schwächsten der Gesellschaft ansetzen. Eine Dehumanisierung globaler Migrationsbewegungen, die voraussichtlich viele Jahrzehnte anhalten werden, darf sie deshalb unter keinen Umständen hinnehmen. Migration ist Zuwanderung und Zuwanderung bedeutet Einmündung in die Klassenstruktur der aufnehmenden Gesellschaft. Die Schaffung neuer und eine Verteidigung alter wohlfahrtsstaatlicher Standards, die Migranten eine positive Einmündung erleichtern, gehört selbstverständlich zum Kernbestand inklusiver Klassenpolitik. Gleiches gilt für das Recht auf Asyl und das Bleiberecht nach Genfer Flüchtlingskonvention, das nicht durch eine ständige Ausweitung angeblich sicherer Herkunftsstaaten ausgehöhlt werden darf. Ein Nansenpass, der die Mitverantwortung von Industrieländern für den Klimawandel anerkennt, wäre ein wichtiger Schritt, um legale Einwanderungsmöglichkeiten zu schaffen und Schritt um Schritt zu erweitern. Die Aufstockung von Entwicklungshilfe auf jene 0,7 Prozent des BIP, die für Industriestaaten seit langem vereinbart ist, aber nur selten erreicht wird, sowie die Bereitstellung jener wenigen Milliarden, die weltweit nötig wären, um den globalen Hunger zu beseitigen, gehören ebenfalls zu den Maßnahmen, die sofort umzusetzen wären. Finanzieren ließe sich all das mittels demokratischen Rückverteils gesellschaftlichen Reichtums – von oben nach unten und von den Stärksten zu den Schwächsten. Die steuerpolitische Abschöpfung von Digitalisierungsrenditen wäre hier ein erster wichtiger Schritt. Dabei könnte ein europäischer Streikfonds helfen, der Arbeitskämpfe in transnationalen Wertschöpfungsketten möglich macht. *Living wages*, die an den jeweiligen nationalen Niveaus ausgerichtet sind, gehören ebenso zum klassenpolitischen Repertoire wie eine intelligente, ökologisch ausgerichtete Industrie- und Dienstleistungspolitik. Entsprechende Ansätze könnten mit einer Arbeitszeitpolitik verbunden werden, die eine kurze Vollzeit für alle zu einem branchenübergreifenden europäischen Thema macht.

(4) *Der Konflikt um die kurze Vollzeit – ein Beispiel für demokratische Klassenpolitik:* Dass es der IGM gelungen ist, die Forderung nach einer kurzen Vollzeit mobilisierungsfähig zu machen, grenzt für mich fast schon an ein Wunder, denn in einer hochgradig fragmentierten Arbeitswelt existiert nicht nur eine große Vielzahl an Arbeitszeitregimes, die Arbeitszeiten sind zugleich hochgradig polarisiert. Während Vollzeitbeschäftigte häufig überlange Arbeitszeiten haben, leiden viele Teilzeitbeschäftigte an verkürzten Erwerbszeiten. Würde man die unbefriedigten Arbeitszeitwünsche der Unterbeschäftigten mitzählen, wäre – wie IAB-Forscherinnen und Forscher berechnet haben – die Arbeitslosigkeit etwa doppelt so hoch wie offiziell registriert. Bedenkt man ferner, dass Einkommensungerechtigkeit auch für vergleichsweise gutverdienende Facharbeiter ein zentrales Konfliktfeld ist, mutet es umso er-

staunlicher an, dass die Auseinandersetzung um die kurze Vollzeit in den Powerstreiks gelegentlich Züge einer sozialen Bewegung annahm. So berichtet ein zunächst sehr skeptischer Journalist der linksalternativen Schweizer Wochenzeitung WoZ: „Arbeitskampf kann ein ziemliches Spektakel sein.“⁵

Ein Grund für diese Dynamik an der Basis, die den bewegungsnahen Journalisten überrascht, resultiert – das jedenfalls wäre meine These – aus dem Faktum, dass die IGM erfolgreich zu Politik macht, was in den Arbeits- und Sozialwissenschaften häufig unter Aussparung der Gewerkschaften diskutiert wird. Die IGM politisiert einen weiten Arbeitsbegriff. Sie verbindet die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit der faktischen Aufwertung anderer Tätigkeit: Zeit für Pflege und Erziehung, Zeit für Muße, um sich von den Belastungen der Schichtarbeit zu erholen. Damit gelingt es, etwas zu thematisieren, das trotz aller Fragmentierung ein gemeinsames Merkmal von Arbeitsverhältnissen in der modernen Arbeitswelt ist. Die Zwänge flexibilisierter Erwerbsarbeit okkupieren sämtliche Arbeitsvermögen – von der unbezahlten Sorgearbeit bis zu den zweckfreien Tätigkeiten in der freien Zeit. Eine Folge ist, dass selbst dann, wenn wir formal weniger arbeiten, real wie in unserer Wahrnehmung die fremdbestimmte Zeit zunimmt. Wir verlieren an Zeitsouveränität und müssen immer mehr Zeit für Steuerungsarbeit verwenden, um die verschiedenen Lebensbereiche in der Balance zu halten. Als „Balanceimperialismus“ haben Oskar Negt und Alexander Kluge dies schon vor gut 20 Jahren bezeichnet. Balanceimperialismus ist ein Modus der Überausbeutung, der die Aneignung unbezahlter Mehrarbeit de facto auf die Nichterwerbsarbeit und die formal freie Zeit ausdehnt. Gegen diese Okkupation hat die IGM einen Pflock gesetzt – und das kommt offenbar bei den Beschäftigten an. Dies gilt es weiter zu treiben.

Angesichts von Digitalisierung und fortbestehenden wirtschaftlichen Ungleichgewichten im Euroraum muss die Politik der Arbeitszeitverkürzung fortgesetzt werden. Wir benötigen mittel- und langfristig eine radikale kollektive Arbeitszeitverkürzung auf tendenziell 32-, 30- oder 28-Stunden die Woche. Nur mit kollektiver Arbeitszeitverkürzung und gerechterer Verteilung der Erwerbsarbeitszeit können auch die Interessen von prekär Beschäftigten und Unterbeschäftigten aufgegriffen werden. Teils ergänzend, teils alternativ könnte auch eine bedingungslose Grundzeit für alle den Weg hin zu einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung eb-

⁵ „«Kolleginnen und Kollegen, die Hallen sind leer, das Zelt ist voll: Ich bin stolz auf euch!», ruft Björn Kallis voller Inbrunst von der Bühne herab – und erhält überschwänglichen Beifall als Antwort [...] Die Streikenden bei Bosch haben schon mal vorgemacht, wie es aussieht, wenn die Basis ihre Stimme erhebt: Während der Versammlung in Stuttgart-Feuerbach fordert ein Arbeiter auf einmal lauthals eine Festanstellung. Die StammarbeiterInnen stimmen nach und nach mit ein in die unerwartete Wortmeldung ihres prekarierten Kollegen, bis schließlich das ganze Zelt «Festvertrag! Festvertrag!» skandiert.“ Hackbarth, D. (2018): Der Griff nach dem Zipfelchen, in: WoZ. Die Wochenzeitung [Nr. 06/2018 vom 08.02.2018](#) .

nen. Dieser Vorschlag stammt, soweit ich weiß, von Claus Schäfer. Bedingungslose Grundzeit meint: Jede und jeder erhält das Recht, für eine bestimmte Zeit nicht oder kürzer zu arbeiten – finanziert über einen gesellschaftlichen Fonds, in den alle einzahlen. Wird die Zeit für Weiterbildung oder Arbeit an der Demokratie genutzt, könnte die Grundzeit verlängert werden.

(5) *Wieder stärker soziale Bewegung werden:* Wie kann der Vorwurf der Neuen Rechten, Gewerkschaften gehörten zum Establishment, entkräftet werden? Auch das kann am Beispiel der Arbeitszeitpolitik gezeigt werden. Beim Kampf um „jedes Zeitatom“ (Oskar Negt), wie er seit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise zwischen Kapital und Arbeit geführt wird, geht es nicht allein um Verteilungsrelationen und Arbeitsbedingungen. Gegenstand dieses Konflikts ist die kapitalistische Herrschaft selbst: „Man kann Herrschaft geradezu so definieren, dass sie jederzeit imstande ist, die Regeln vorzugeben, nach denen die Menschen ihre Zeit aufzuteilen gezwungen sind und in welchen Räumen sie sich zu bewegen haben. Herrschaft besteht primär [...] in einer Detailorganisation von Raum- und Zeiteilen, die den einzelnen Menschen in seiner Lebenswelt wie in einem Korsett einspannen.“ (Oskar Negt) Weil das so ist, müssen die Gewerkschaften beim Kampf um „jedes Zeitatom“ mit erbittertem Widerstand der Gegenseite rechnen.

In diesem Zusammenhang fällt ein Unterschied zur Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche auf. Die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche in der westdeutschen Druck-, Metall- und Elektroindustrie galt sympathisierenden Beobachtern in ganz Europa als Weichenstellung für eine neue Ära. Dabei ging es auch um den symbolischen Gehalt der Forderung. Erstmals in der Geschichte schien es möglich, die alte Formel der Arbeiterbewegung „acht Stunden Arbeit, acht Stunden Freizeit, acht Stunden Schlaf“ zugunsten der arbeitsfreien Zeit zu korrigieren. Trotz Freizeitindustrie und kommerzialisierter Massenkultur – das Reich der Notwendigkeit befand sich offenkundig auf dem Rückzug. Da die „förmliche Erwerbsarbeit die subjektive Qualität verloren habe, organisierendes Zentrum der Lebenstätigkeit, der sozialen Fremd- und Selbsteinschätzung und der moralischen Orientierungen zu sein, könne der Kapital-Arbeit-Konflikt nicht mehr das Zentrum der Herrschaftsbeziehungen entwickelter Gesellschaften bilden“, argumentierte etwa Claus Offe. Dennoch und gerade deshalb wurden Arbeitszeitkonflikte zu einem politischen und intellektuellen Scharnier zwischen gewerkschaftlichen Kämpfen und den Themen neuer sozialer Bewegungen, welche die Krise gesellschaftlicher Reproduktion thematisierten. Arbeitszeitverkürzung galt in dieser Phase geradezu als Türöffner für das Reich der Freiheit, ja, als erster Schritt auf dem „Weg ins Paradies“ (André Gorz). Aus der feministischen Perspektive bot sich zudem die Chance, ein kulturelles

Modell und mit ihm ein Zeitregime zu verabschieden, das mit dem Ein-Ernährer-Haushalt zugleich die Entwertung des Privaten, die gesellschaftliche Herabsetzung von Pflegearbeit und den Teilausschluss vieler Frauen aus der Sphäre des Öffentlichen reproduziert hatte.

Auch wenn sich diese Hoffnungen so nicht erfüllt haben und die Verkürzung der Wochenarbeitszeit vielfach zu einer Flexibilisierungs- und Rationalisierungspeitsche wurde, fällt auf, dass es gegenwärtig keinen intakten öffentlichen „Resonanzraum“ (Didier Eribon) für gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik gibt. Die Tarifauseinandersetzung um die verkürzte Vollzeit hat in der Wissenschaft wie in der gesamten akademischen Linken in Deutschland nur ein schwaches Echo ausgelöst. Ich habe in diesem Zusammenhang von einem Versagen der gesamten akademischen und politischen Linken gesprochen. Umgekehrt stellt sich aber auch die Frage, ob die Gewerkschaften genug getan haben, gesellschaftliche Bündnispartner für ihre Arbeitszeitpolitik zu gewinnen. Um Ressentiments von Teilen der Mittelschicht zu überwinden, die Streiks für die kurze Vollzeit als Aktivität privilegierter Arbeiteraristokraten und alter weißer Männer attackieren, müssen wissenschaftlich wie arbeitspolitisch dicke Bretter gebohrt werden. Wir sollten klar machen: Die größten Erfolge haben Bewegungen gegen sexistische und rassistische Diskriminierungen und ökologische Zerstörung immer dann erzielt, wenn auch der „demokratische Klassenkampf“ zugunsten der Lohnabhängigen einigermaßen erfolgreich war. Selbiges gilt uneingeschränkt auch für das zentrale Thema Arbeitszeitverkürzung. Es kommt darauf an, dass die Gewerkschaften wieder öffentliche Resonanzräume schaffen, um dieser Botschaft Nachdruck zu verleihen.

(6) *Demokratische Klassenpolitik benötigt eine internationale, gegenwärtig vor allem eine europäische Ausrichtung:* Keines der großen Megathemen – Ungleichheit, ökologische Gefahren, Herausforderungen der Digitalisierung, Fluchtbewegungen oder das Risikopotential deregulierter Finanzmärkte – lässt sich künftig ausschließlich auf nationalstaatlicher Ebene lösen. Deshalb gilt: Demokratische Klassenpolitik benötigt Europa. Zu einem Europa, das Ländern an der südlichen Peripherie eine Austeritätspolitik oktroyiert, die deren Gesellschaften zerstört, muss sie sich indes oppositionell verhalten. Ein solidarisches Europa benötigt keinen Europäischen Gerichtshof, der sich entgegen seiner eigentlichen Aufgaben anmaßt, soziale Rechte von Lohnabhängigen mit einem Federstrich zu beseitigen. Klassenpolitik, die den institutionalisierten Marktradikalismus kritisiert, ist daher keineswegs antieuropäisch. Die Europäische Union wird als ökonomischer Verflechtungsraum nur eine Zukunft haben, wenn sie zu einer sozialen Union wird. Dazu benötigt sie demokratische Projekte von oben und unten. Solche Projekte könnten mittelfristig sein: ein europäischer Mindestlohn, der sich in Relation zu den Lohnniveaus der Mitgliedsstaaten entwickelt; eine europäische Arbeitsversiche-

rung, in die alle gesellschaftlichen Gruppen einschließlich der Unternehmer, Selbstständigen, Beamten etc. einzahlen; eine doppelte europäische Staatsbürgerschaft, die alle Europäerinnen und Europäer sowohl zu EU-Bürgerinnen und Bürgern als auch zu Citoyens in jenen Staaten macht, in denen sie leben, sowie – last but not least – die Bildung europäischer Parteien und die Wahl eines europäischen Parlaments, das eine demokratisch legitimierte Regierung wählt.

Gegenwärtig ist das Zukunftsmusik. Aber die schwächelnden europäischen Gewerkschaften könnten schon jetzt Weichenstellungen vornehmen, indem sie sich gegenseitig helfen. Ein europäischer Streikfonds, der Arbeitskämpfe in transnationalen Unternehmen länderübergreifend unterstützt, wäre ein erster mutiger Schritt in eine solche Richtung. Die Stärkung von demokratischen Institutionen auf europäischer Ebene schließt zwingend ein, sich der Einschränkung von Gewaltenteilung und demokratischen Grundrechten, wie sie gegenwärtig in Ungarn und Polen (und außerhalb der EU in der Türkei) praktiziert werden, entschlossen zu widersetzen. Demokratische Klassenpolitik wird europäisch und transnational sein, oder sie wird nicht sein. Deutsche Lohnabhängige haben zu lernen, dass sie mit französischen, griechischen, italienischen oder polnischen Arbeitern und Arbeiterinnen mehr gemeinsam haben als mit den Wirtschaftseliten der jeweiligen Staaten. Anders gesagt: Wir benötigen ein politisches und theoretisches Fundament für eine neue inter- und transnationale klassenspezifische Kollektividentität. Die Revolte von 1968 entdeckte den Klassenkampf – wenngleich in überhöhter Weise – neu. Zugleich war sie auch eine kulturelle Rebellion für sexuelle Befreiung, Frauenemanzipation, Bürgerrechte und in ihrer Spätwirkung zudem Katalysator für Bewegungen zugunsten ökologischer Nachhaltigkeit. Nicht zufällig sind das die Felder, die der völkische Populismus zum Terrain seiner Gegenrevolte erklärt.

Epilog: Die Systemfrage nicht den Rechten überlassen

Fassen wir zusammen: Unsere aktuelle Erhebung belegt, dass sich das rebellische Moment des Rechtspopulismus verallgemeinert. Es findet sich auch bei überdurchschnittlich gut verdienenden Beschäftigten in attraktiven beruflichen Positionen. Überraschend ist: Alle Befragten, die mit der populistischen Rechten sympathisieren, stellen die Systemfrage:

„Ist ja nicht so, dass die, die auf die Straße gehen [...] alles Nazis sind. Die gehen halt auf die Straße, weil irgendwas mit dem System nicht stimmt.“

System fungiert subjektiv als Sammelbezeichnung für vieles – für die Finanzwirtschaft, die Europäische Union, das transnationale Euro-Geld, die politische Klasse, die Eliten, das Kapital, die Manager, aber auch für „abgehobene Gewerkschaftsbonzen“. Wichtig ist, dass die Gewerkschaften den Rechtspopulisten die Systemfrage nicht überlassen. Unter den Bedin-

gungen einer ökonomisch-ökologischen Doppelkrise kann es, das dürfte bereits deutlich geworden sein, sowohl in den nationalen als auch in den europäischen und internationalen Arenen keine bloße Rückkehr zu klassischer sozialdemokratischer Verteilungspolitik geben. Deshalb benötigen wir als Kernprojekt inklusiver Klassenpolitik eine radikale Demokratisierung der Wirtschaft und ihrer Entscheidungszentren in den großen internationalen Konzernen:

„Im Kapitalismus über ihn hinaus – das ist, was heute vielerorts bereits passiert und was wir stärken wollen [...]. Unsere Vision ist und bleibt diejenige einer sozialen und ökologischen Wirtschaftsdemokratie [...]. Mehr Demokratie ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass die Digitalisierung zu einer wirklichen Chance für die Menschen wird [...]. Im Kern geht es darum, die Verteilungsfrage auszuweiten. Neben der steuerlichen Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums im Nachhinein braucht es eine gerechte Verteilung wirtschaftlicher Entscheidungsmacht. Indem Betroffene zu Mitbestimmenden gemacht werden, wirkt man der Entstehung ungerechtfertigter und schädlicher Ungleichheiten entgegen“,

heißt es in einem – man staune – im Dezember 2016 beschlossenen Wirtschaftsdemokratiepapier der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Damit sprechen die Schweizer Sozialdemokraten an, was viele wissen: Wir befinden uns inmitten einer großen Transformation, in der „Pflasterlipolitik“ nicht mehr reicht. Es geht um eine glaubwürdige Alternative zum Kapitalismus, um eine bessere Gesellschaft. Wenn es sich die kleine Sozialdemokratische Partei der Schweiz leisten kann, die Systemfrage von links und aus einer demokratischen Perspektive heraus zu stellen – sollten sich dann nicht auch die ungleich mächtigeren deutschen Gewerkschaften zutrauen, die Diskussion über eine bessere Gesellschaft jenseits des Kapitalismus selbstbewusst zu führen?

Literatur

AfD (2018), *Die Produktivitätsrente. Es geht um Wertschätzung*. Ein Konzept der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, Erfurt.

Dörre, Klaus/Bose, Sophie/Lütten, John/Köster, Jakob (2018), Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 2/17.

Hackbarth, D. (2018): Der Griff nach dem Zipfelchen. In: *WoZ. Die Wochenzeitung*, 06/2018 vom 08.02.2018. Online verfügbar unter: <https://www.woz.ch/1806> (zuletzt geprüft am: 31.07.2018).

Häusler, Alexander (2016), Die AfD – eine rechtspopulistische Bewegungspartei?, In: A. Häusler & F. Virchow (Hrsg.), *Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste. Abstieg der Mitte. Ressentiments*, Hamburg: VSA, S. 42-51.

Jackson, Tim (2009), *Prosperity without Growth? Steps to a sustainable economy*, London: Earthscan.

Jongen, Marc (2014), Das Märchen vom Gespenst der AfD, in: *Cicero* vom 22.01.2014. Online verfügbar unter: www.cicero.de/innenpolitik/afd-ein-manifest-fuer-eine-alternative-fuer-europa/56894 (zuletzt geprüft am: 31.07.2018).

Rennwald, Line (2015), *Partis Socialistes et Classe Ouvrière: Ruptures et continuités du lien électoral en Suisse, en Autriche, en Allemagne, en Grande-Bretagne et en France (1970-2008)*, Neuchatel: Editions Alphil.